

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2016 / Ausgabe 134 - 18. März 2016



**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

die europäische Lösung nach deutscher Vorstellung ist in weite Ferne gerückt. Derzeit wäre es wohl zutreffender, von einer türkisch-deutschen Lösung zu sprechen – zumindest mit Blick auf den Verhandlungsgegenstand des derzeitigen Gipfels. Früh habe ich davor gewarnt, die Türkei an den Lautstärkereglern zu lassen, jetzt spielt sie die Musik.

Ausgerechnet Erdogan würden damit die erfolgreichsten Zugeständnisse der EU an die Türkei gelingen – das wohl „falscheste“ politische Signal angesichts der innenpolitisch höchst prekären Lage des Landes. Der Popularitätsschub würde Erdogan und seine AKP in ihrem freiheitsfeindlichen und repressiven Kurs weiter stärken.

„Deutschland profitiert von den seither drastisch gesunkenen Zugangszahlen am meisten, behält aber seine moralische weiße Weste. Verantwortlich für die Bilder an den Grenzzäunen sind schließlich andere.“

IN DIESER AUSGABE

Illegale Einwanderung

Bargeldverbot

Bundesverkehrswegeplan

Wahlen

Wenn die europäische Lösung nicht in Europa zu finden ist, muss sie eben außereuropäisch gesucht werden. So oder ähnlich könnte man aus deutscher Sicht die Schlagrichtung des vergangenen Flüchtlingsgipfels vom 7. März und des nächsten von dieser Woche zusammenfassen. Die Türkei soll es jetzt lösen. Firmieren könnte das Ganze dann als Plan A.2.b.

Das IW Köln hat sich in einem aktuellen Gutachten übrigens an einem mittelfristigen Preisschild für die Flüchtlingskrise versucht: Ausgehend von stark sinkenden Zuwanderungszahlen zwischen den Jahren 2015 und 2017 taxiert das Institut die Kosten für den deutschen Steuerzahler im gleichen Zeitraum auf 55 Milliarden Euro.

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de
www.klaus-peter-willsch.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



ILLEGALE EINWANDERUNG

Wenn die europäische Lösung nicht in Europa zu finden ist, muss sie eben außereuropäisch gesucht werden. So oder ähnlich könnte man aus Sicht des Kanzleramtes die Schlagrichtung des vergangenen Flüchtlingsgipfels vom 7. März und des nächsten von dieser Woche zusammenfassen. Die Türkei soll es jetzt lösen. Firmieren könnte das Ganze dann als Plan A.2.b.

Die Treffen der Staats- und Regierungschefs reihen sich mittlerweile aneinander wie Wochentage. Wer verstehen will, findet dieser Tage Trost im Duden: Si|sy|phus|ar|beit: sinnlose, vergebliche Anstrengung; schwere, nie ans Ziel führende Arbeit. Beschlossen wird dabei in aller Regel vor allem eines: man will sich wieder treffen.

An verkündbaren „Durchbrüchen“ mangelte es derweil nicht, sehr wohl aber an deren Langlebigkeit. Bereits im September 2015 beschlossen die EU-Innenminister mehrheitlich die Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien. Stellvertretend für eine Reihe osteuropäischer Staaten kritisierte der tschechische Innenminister Milan Chovanec den Umverteilungsbeschluss scharf: der gesunde Menschenverstand sei verlorengegangen, der Beschluss nichts als eine leere Geste. Er sollte Recht behalten. Was als Beweis der Bundesregierung für die europäische Solidarität gedacht war, wurde zur Farce. Ein halbes Jahr später sind noch keine 1.000 der 160.000 verteilt.

Um die unkontrollierte Masseneinwanderung über die Ägäis in geordnete Bahnen zu lenken, sollten zudem in Griechenland Aufnahmezentren (sogenannte Hotspots) errichtet werden. Am Zustrom selbst hätte dieser Ansatz freilich nichts geändert, ihn bestenfalls berechenbarer gemacht. Ebenfalls seit September 2015 beschlossen, verschleppt die Regierung Tsipras seither die Umsetzung, um den Druck auf Mitteleuropa zu erhöhen. Irgendwo lässt sich schließlich immer noch ein Euro rauspressen. Statt Flüchtlinge zu registrieren, wurden sie unkontrolliert in Richtung der Nachbarländer durchgewunken und die Schengen-Außengrenzen sich selbst überlassen. Doch jetzt fällt den

Griechen ihr neues Ausweichmanöver gegen die Sparpolitik selbst auf die Füße: Die gezielte Untätigkeit griechischer Behörden hat die zum Teil wirtschaftlich deutlich schlechter gestellten Länder auf der Balkanroute dazu gezwungen, ihre Grenzen zu schließen. Plötzlich pocht man in Griechenland wieder auf die Einhaltung europäischer Gesetze. Ich mach‘ mir die Welt, wie sie mir gefällt.

Während die Floskel vom „Ende des Durchwinkens“ noch als Papiertiger durch Schlagzeilen und Regierungserklärungen geprügelt wurde, haben die Balkanländer Fakten geschaffen. Damit werde die vom Bundeskanzleramt propagierte Alternativlosigkeit der europäischen Lösung torpediert, heißt es. Von „Alleingängen“ ist die Rede. Alleingänge? Ein Plural ohne semantischen Sinn, wie die „Einzelfälle“ in der Silvesternacht. Wer genau ist eigentlich der Geisterfahrer der europäischen Solidarität, wenn Deutschland mit seinen Forderungen alleine da steht, Österreich aber gemeinsam mit neun südosteuropäischen Staaten im Februar eine Konferenz abhält, die umgehend konkrete gemeinsame Maßnahmen hervorzubringen im Stande ist? Hier steht politischer Realismus gegen deutsche Hybris.

Der österreichische Verteidigungsminister Döskozil bietet Mazedonien Hilfe bei der Grenzsicherung an, weil man „jene Länder, die für uns einen wichtigen Job bei der Grenzsicherung übernehmen, nicht hängen lassen sollte“. Albanien bittet Italien um Hilfe. Kroatiens Regierungschef Tihomir Oreskovic lobt die enge Zusammenarbeit zwischen Österreich, Slowenien, Kroatien, Serbien und Mazedonien. Die europäische Lösung gibt es, ihr Konsens liegt nur fernab des Kanzleramtes.

FAZ-Herausgeber Holger Steltzner hat die Lage kürzlich treffend beschrieben: „Man könnte es auch überheblich nennen, wenn in Berlin – im Machtgefühl des Regierens ohne Opposition – so getan wird, als gebe es eine europäische Lösung in der Flüchtlingskrise unter deutscher Führung, obwohl jeder sieht, dass die Politik der Grenzschiebung der kleineren Länder entlang

der Balkan-Route die Flüchtlingszahlen reduziert hat – und das gegen den Willen Berlins.“

Deutschlands offene Grenzen haben die Kapazitäten der Transitländer so überstrapaziert, dass ihnen nichts anderes übrig blieb, als die Grenzen dicht zu machen. Deutschland profitiert von den seither drastisch gesunkenen Zugangszahlen am meisten, behält aber seine moralische weiße Weste. Verantwortlich für die Bilder an den Grenzzäunen sind schließlich andere.

Noch ein weiterer wesentlicher Teilaspekt dieser Entwicklung blieb in der Debatte bislang leider unerwähnt: der Kontrollverlust an der deutschen Grenze und die damit einhergehende Gefährdung integraler Bestandteile unserer Staatlichkeit wurde seinerzeit damit relativiert, dass man Grenzsicherungen und -kontrollen ohnehin nicht wirksam durchsetzen könne. Illegale Einwanderer könnten auf die grüne Grenze ausweichen. Die Balkanländer haben „uns“ nun eines Besseren belehrt. Selbstverständlich kann, ja muss ein funktionierender Staat jederzeit Herr seiner Integrität sein. Schon damals habe ich gesagt, eine Rechtfertigung für die Aufgabe staatlicher Souveränität darf es nicht geben.

Die europäische Lösung nach deutscher Vorstellung ist in weite Ferne gerückt. Derzeit wäre es wohl zutreffender, von einer türkisch-deutschen Lösung zu sprechen – zumindest mit Blick auf den Verhandlungsgegenstand des derzeitigen Gipfels. Früh habe ich davor gewarnt, die Türkei an den Lautstärkeregel zu lassen, jetzt spielt sie die Musik:

Erstens, zu den bereits zugesagten drei Milliarden Euro, sollen bis Ende 2018 noch weitere drei Milliarden Euro hinzukommen; Zweidrittel davon müssen durch die Mitgliedsstaaten eingebracht werden, von Deutschland natürlich der Löwenanteil. Zweitens, bereits ab Sommer soll die Visumpflicht für alle 78 Millionen türkischen Staatsbürger in den Schengen-Staaten entfallen. Drittens, sollen die EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei um wesentliche Kapitel erweitert werden.

Viertens, die Türkei erklärt sich bereit, alle neu illegal von der Türkei aus in Griechenland ankommenden Einwanderer zurückzunehmen. Im Gegenzug soll die EU für jeden Zurückgeschickten einen syrischen Flüchtling aus der Türkei legal aufnehmen. Dabei soll die EU sämtliche Kosten für die Rückführung illegaler Migranten in die Türkei übernehmen. Dieser Mechanismus liefe nun also doch auf eine Kontingentlösung hinaus und damit auf einen Ansatz, den wir im vergangenen September schon auf dem Tisch hatten. Ziel sei es, illegale Migration und Schleuserkriminalität wirksam zu bekämpfen, erklärt die Bundesregierung. Und mehr ist es auch nicht: illegale Migration wird in legale Migration umgetauft. Die Krise bekommt ein neues Etikett und bleibt doch dieselbe. Am eigentlichen Zustrom ändert sich nichts. Knapp drei Millionen Syrer sind derzeit in der Türkei registriert und könnten durch diese Regelung nach Europa gelangen.

Die Verhandlungen mit der Türkei sind nun aber ungleich delikater. Es liegt weit jenseits meines Verständnisses, wie man nach den innenpolitischen Erdbeben in der Türkei überhaupt einen Beitritt zur ohnehin schon fragilen europäischen Wertegemeinschaft ins Gespräch bringen kann. Der Rechtsstaat gehört nicht auf den Verhandlungstisch. Auch die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner zeigte sich fassungslos: „Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir uns noch ernst nehmen.“

Ausgerechnet Erdogan würden damit die erfolgreichsten Zugeständnisse der EU an die Türkei gelingen – das wohl „falscheste“ politische Signal angesichts der innenpolitisch höchst prekären Lage des Landes. Der Popularitätsschub würde Erdogan und seine AKP in ihrem freiheitsfeindlichen und repressiven Kurs weiter stärken. Auch Cengiz Aktar, Professor für Politische Wissenschaften an der Istanbuler Sabanci-Universität, warnt vor einer Abschaffung der Visumpflicht: „Da sind zum Beispiel all die potentiellen Asylanten aus der Türkei, deren Zahl wegen des andauernden Krieges in Kurdistan täglich wächst. Und dann gibt es mehrere tausend türkische IS-Mitglieder. Wer wird sie daran

hindern, in das Territorium der Schengen-Zone einzureisen, wenn die Visumpflicht fällt?“

Und während das hierzulande schon wieder als „Durchbruch“ gefeiert wird, hat der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Raad al Hussein, die Praxis bereits für illegal erklärt. Wie die Türkei das bisher Zugesagte einhält, zeigt ein Bericht meines Kollegen Michael Brand, den die BILD dokumentiert hat (<http://goo.gl/h8ZPPi>).

Leistet der Migrationsstrom denn nun wenigstens den erhofften Beitrag zum Fachkräftemangel? Ein tagesaktuelles Gutachten des IW Köln „zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der aktuellen Flüchtlingsmigration“ lässt aufziehende dunkle Wolken erahnen. Die Arbeitsmarktdaten für Personen aus den Hauptherkunftsländern stimmen pessimistisch: „Besonders ungünstig stellt sich die Lage in dieser Dimension bei den Syrern dar.“ 13.696 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dezember 2015 stehen 56.830 Arbeitslose (Stand: Februar 2016) und 130.016 Bezieher von Grundsicherung (Stand: November 2015) gegenüber. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gingen zudem nur selten einer qualifizierten Tätigkeit nach, mehrheitlich aber ungelernten Helfertätigkeiten. Zweidrittel der Flüchtlinge verfügten zudem über keinerlei berufliche Bildung. Nur selten brächten sie die Engpassqualifikationen mit, die den Fachkräftemangel im Wesentlichen bestimmen. Das sei nicht zuletzt der Wirtschaftsstruktur ihrer Herkunftsländer geschuldet, deren Kernbranchen und Gewerbestruktur sich grundlegend von unserer Industrie unterscheiden.

Das IW Köln hat sich übrigens auch an einem mittelfristigen Preisschild für die Flüchtlingskrise versucht: Ausgehend von stark sinkenden Zuwanderungszahlen zwischen den Jahren 2015 und 2017 taxiert das Institut die Kosten für den deutschen Steuerzahler im gleichen Zeitraum auf 55 Milliarden Euro.

BARGELDVERBOT

Das Bundesfinanzministerium (BMF) bereitet eine Obergrenze für Bargeldzahlungen vor. Bei 5.000 Euro soll Schluss sein. Dass dazu bereits konkrete Pläne vorliegen, dementierte das BMF mir gegenüber zwar mit einer lapidaren Stellungnahme: „Die Diskussion auf EU-Ebene steht noch ganz am Anfang, daher ist es zu früh, über den Kreis der Verpflichteten oder konkrete Zahlen zur Höhe einer Bargeldobergrenze zu spekulieren.“ Aber was solche Dementis wert sind, haben wir leider schon oftmals erfahren. Das Ministerium wolle zunächst eine Bewertung der Europäischen Kommission abwarten. Es geht also gar nicht mehr um das „ob“, sondern um das „wie“.

Eine Bargeldobergrenze wird nur der erste Schritt sein; weitere werden unweigerlich folgen. Denn parallel dazu denkt man bei der Europäischen Zentralbank laut über die Abschaffung des 500-Euro-Scheins nach. Die Notenbanker klären gerade noch die „technischen Details“. Auch diese Maßnahme wird im Eilverfahren durchgepeitscht. Im EZB-Rat reicht hierfür eine einfache Mehrheit. Das Schicksal des 500-Euro-Scheins ist besiegelt.

Als offizielle Begründung für all diese Maßnahmen wird der Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus angeführt. Zwar gibt es bereits in anderen Staaten der Europäischen Union Bargeldobergrenzen, zum Beispiel in Italien. Dass sich dadurch etwas verbessert hat, wäre mir neu: Wo treiben doch gleich die N'Drangheta, die Camorra, also die Mafia, ihr Unwesen? Es ist auch ein Irrglauben, dass alle großkriminellen Machenschaften mit einer Geldkofferübergabe abgeschlossen werden.

Zur Erinnerung: Dass die organisierte Kriminalität sowieso nicht auf Bargeld angewiesen ist, hat doch der Fall Zypern eindrucksvoll bewiesen. Die geteilte Insel im östlichen Mittelmeer entwickelte sich dank milliardenschweren „Direktinvestitionen“ aus Russland zu einem Schwarzgeld- und Steuerparadies. Alles was es dazu braucht, sind ein paar Briefkastenfirmen sowie nachlässige Zollkontrollen und Banken, die gerne einmal ein Auge zudrücken. Detailliert

nachlesen können Sie dies in meinem Buch „Von Rettern und Rebellen“.

Aber warum überhaupt ein Bargeldverbot? Eine Erklärung könnte die expansive Geldpolitik von EZB-Präsident Mario Draghi liefern. Der EZB-Rat hat jüngst beschlossen, den Leitzins auf null Prozent zu senken und pro Monat nicht mehr „nur“ 60 sondern nun 80 Milliarden über den Kauf von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren in den Geldmarkt zu pumpen. Damit die Banken das Geld nicht auf die hohe Kante legen, wurden die Strafzinsen nochmal auf -0,4 Prozent verschärft. Die Banken werden somit weiter in risikoreiche Geschäfte – Geschäfte, die sie so wahrscheinlich nie tätigen würden – getrieben. Bei dieser fatalen Entscheidung des EZB-Rats war unser Bundesbankpräsident Jens Weidmann leider aufgrund des Rotationsprinzips nicht stimmberechtigt. Vor genau diesem Horrorszenario warne ich seit 2012. Jetzt wundern sich auf einmal viele, warum der Einfluss der Bundesbank, die alleine für mehr als 25 Prozent des eingezahlten EZB-Kapitals einsteht, immer mehr marginalisiert wird.

Draghi beschränkt sich nicht, wie es ihm sein Mandat vorschreibt, auf die Wahrung der Geldwertstabilität, sondern betreibt mithilfe der Notpresse Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Bürger sollen ihr Geld ausgeben – und nicht sparen. Wer sich dennoch an den guten alten Vorsatz „Spare in der Not, dann hast Du in der Zeit!“ hält, wird abgestraft. Denn die Einführung negativer Zinsen bringt der EZB wenig, wenn die Sparer ihr Geld nicht auf dem Konto, sondern unter dem Kopfkissen bunkern. Die Begrenzungen wären dann ein Mittel, um damit die Flucht der Sparer ins Bargeld zu verhindern.

Insofern kann man die aktuellen Maßnahmen als Testlauf bezeichnen. Eine Zahlungsobergrenze von 5.000 Euro sowie die Abschaffung des 500-Euro-Scheins mögen auf den ersten Blick nur die wenigsten Bürger in ihrem Alltag betreffen. Doch wird die Büchse der Pandora erst einmal geöffnet, lassen sich weitere Schritte viel einfacher und unauffälliger durchsetzen.

Bargeld ist gedruckte Freiheit! Ich weiß nicht mehr genau, ob ich überhaupt schon mal einen

500er in den Händen hatte. Ein Bargeschäft mit mehr als 5.000 Euro habe ich jedenfalls noch nie getätigt. Mir ist aber wichtig, es zu können, wenn ich will! Das sieht auch der Großteil der Bürger unseres Landes so! Finger weg vom Bargeldverbot!

Nachtrag: Nicht nur mir bereitet ein Bargeldverbot Sorgen; auch viele Griechen werden unruhig. Die Griechen haben Schätzungen zufolge mindestens 20 Milliarden Euro Bargeld – zumeist in 500 Euro-Scheinen – gebunkert. Seit Ausbruch der Euro-Krise haben sich die Bankeneinlagen in Griechenland halbiert.

Die Bargeldsumme insgesamt in Griechenland beläuft sich auf über 50 Milliarden Euro. Das ist mehr als ein Viertel des griechischen Bruttoinlandsprodukts und ist damit im europäischen Vergleich exorbitant hoch.

Das Geld, was nicht ins Ausland geschafft wurde, wird unter der Matratze oder im Schließfach gehortet. Die eigenen Banken brachten und bringen die Griechen damit ordentlich ins Straucheln. Ach wie gut, dass es doch den ESM gibt. Denn mithilfe des Rettungsschirms können dank deutscher Steuergelder griechische Zombiebanken vor dem Zusammenbruch bewahrt werden. Dass wir uns mit Sieben-Meilen-Stiefeln einer europäischen Einlagensicherung nähern, passt genau in dieses Bild. Und somit schließt sich auch dieser Kreis: Der ohnehin schon gebeutelte deutsche Sparer haftet dann für die Misswirtschaft von Banken in anderen Staaten.

BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN

Am 16. März hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) in einer Sondersitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2016 - 2030 (BVWP) vorgestellt. Für meinen Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg gibt es Licht und Schatten.

Im Bereich der Schienenverkehrsprojekte ist für unsere Region insbesondere die Neubaustrecke

zur Entlastung des Mittelrheintals von herausragender Bedeutung. Die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz haben die Prüfung einer Alternativtrasse angemeldet. Neben der Untersuchung dreier oberirdischer Varianten beinhaltet die auch den Westerwald-Taunus-Tunnel. Wie Sie wissen, unterstützte ich das Projekt mit Nachdruck und habe bereits im September 2014 die politischen Akteure der Region zum Tunnelgipfel nach Rüdesheim eingeladen. Der Prüfauftrag der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz war ein wichtiger Zwischenschritt, den wir gemeinsam mit den Bürgerinitiativen des Mittelrheintals erreicht haben. Das BMVI ist dieser Prüfbitte insoweit nachgekommen, dass die Umfahrung des Mittelrheintals zwischen Troisdorf und Mainz für den Schienengüterverkehr als Vorhaben des Potentiellen Bedarfs kategorisiert wurde. Dies bedeutet, dass diese Vorhaben nun in einer zweiten Phase auf ihre Wirtschaftlichkeit hin untersucht werden und die Chance besteht, dass diese noch in den Vordringlichen Bedarf aufgenommen werden. Dies kann beispielsweise durch Entscheidung des Deutschen Bundestages in den Bedarfsplan des Ausbaugesetzes geschehen.

Für die neuen Vorhaben gibt es im BVWP 2030 die Dringlichkeitsstufen Vordringlicher Bedarf (VB) mit Vordringlicher Bedarf – Engpassbeseitigung (VB-E) sowie Weiterer Bedarf (WB) mit Weiterer Bedarf mit Planungsrecht (WB*). Es ist vorgesehen, die Vorhaben des VB/VB-E im Geltungszeitraum des BVWP bis zum Jahr 2030 umzusetzen bzw. zu beginnen. Für Vorhaben des Weiteren Bedarfs werden hingegen voraussichtlich erst nach 2030 Investitionsmittel zur Verfügung stehen.

Im Bereich der Straßen haben es einige Projekte in den Vordringlichen Bedarf geschafft:

- B 8 OU Limburg-Lindenholzhausen
- B 8 OU Brechen
- B 8 OU Bad Camberg
- B 8 OU Waldems-Esch
- B 42 OU Rüdesheim
- B 275 OU Idstein-Eschenhahn

Leider nur in den Weiteren Bedarf aufgenommen wurden:

- OU Limburg
- B 8 OU Elz
- B 54 Ortsumgehungen Oberzeuzheim – Elbtal - Langendernbach
- B 260 Eltville-Martinsthal
- B 260 Schlangenbad-Wambach
- B 275 Verlegung bei Bad Schwalbach

Die Länder haben etwa 1.700 Bundesfernstraßenprojekte für den BVWP angemeldet - also durchschnittlich etwa sechs pro Wahlkreis. Angesichts der mehr als doppelt so vielen Projekte in unserer Region war es leider absehbar, dass nicht alle Wünsche erfüllt werden würden. Als Pendlerregion sind wir aber noch mehr als andere auf eine bestmöglich ausgebaute Infrastruktur angewiesen. Ich freue mich für jedes Projekt, dass der Bund weiterverfolgen möchte, gebe aber auch keines verloren, das diese Hürde heute noch nicht genommen hat.

Jetzt kommt es darauf an, die sechswöchige Öffentlichkeitsbeteiligung zu nutzen. Diese wird ab dem 21. März online möglich sein. Auch ich werde mich am Konsultationsverfahren beteiligen. Die Stellungnahmen können schriftlich oder über das Internet in einem Formular abgegeben werden. Wir sollten nichts unversucht lassen, das ein oder andere Projekt doch noch in den Vordringlichen Bedarf zu bringen! Bitte beteiligen Sie sich!

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage des Bundesverkehrsministeriums unter diesem Link:

http://www.bmvi.de/DE/VerkehrUndMobilitaet/Verkehrspolitik/Verkehrsinfrastruktur/Bundesverkehrswegeplan2030/StellungnahmeAbgeben/stellungnahme_node.html

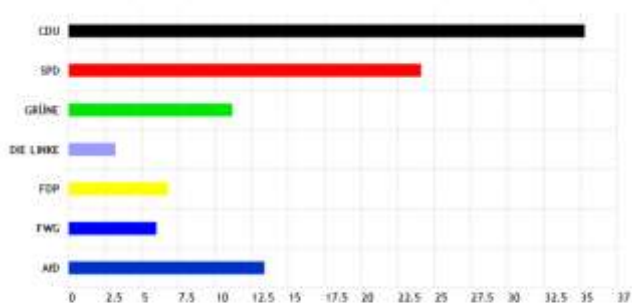
Der Plan wird zudem auch bei Hessen Mobil in Wiesbaden, Wilhelmstraße 10, 65185 Wiesbaden öffentlich zur Ansicht und Kommentierung ausgelegt. Sichtung und Prüfung führen externe Gutachter sowie das BMVI selbst durch. Sofern aufgrund einer Stellungnahme aus fachlich-inhaltlichen oder rechtlichen Gründen geboten

bzw. sinnvoll, wird das BMVI den BVWP anpassen. Beim letzten Bundesverkehrswegeplan aus dem Jahr 2003 sowie beim Investitionsrahmenplan aus 2011 hat sich gezeigt, dass sich Kämpfen sehr lohnen kann.

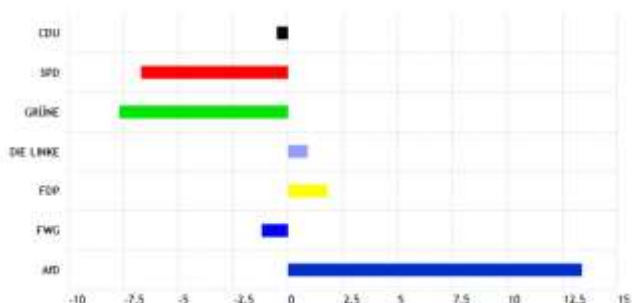
KOMMUNAL- UND LANDTAGSWAHLEN

Die Parteienlandschaft wurde infolge der Kommunalwahl in Hessen sowie den drei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt geradezu erschüttert. Bei der Kommunalwahl in Hessen, bei der ich für die CDU im Rheingau-Taunus-Kreis als Spitzenkandidat angetreten bin, hat die Union ein respektables Ergebnis eingefahren.

Stimmenanteile der Wahlvorschläge in %



Veränderung gegenüber 2011 in %-Punkten



Ergebnis Rheingau-Taunus-Kreis

Im Regierungsbezirk Südhessen holte die CDU Rheingau-Taunus das beste Ergebnis aller Landkreise. Gestützt auf hervorragende Wahlerfolge in den Städten und Gemeinden ist die CDU in meinem Heimatkreis deutlich stärkste Kraft und liegt mit über elf Prozent vor der SPD. Die CDU sieht neben den inhaltlichen Schwerpunkten und der Wahlkampfstrategie den Erfolg im besonderen Maße im personellen Angebot auf ihrer Kandidatenliste. Unsere Kandidaten, wie Bürgermeister, Landtagsabgeordnete und Staatssekretäre sind in der Bevölkerung hoch angesehen. Sie leisten eine super Arbeit vor Ort,

was ihnen der Wähler bei der Kommunalwahl mit vielen Personenstimmen honorierte. Mit 43.615 Stimmen habe ich mit weitem Abstand die meisten Stimmen auf mich vereint.

Mein erster Dank gilt allen unseren Wählern, die die Männer und Frauen auf unseren Kandidatenlisten gewählt haben. Wir werden uns anstrengen, dem entgegengebrachten Vertrauen gerecht zu werden. Ebenso danke ich all unseren Mitgliedern und Helfern, die unermüdlich bei schneidendem Wind und Schneegestöber Flugblätter verteilt, Plakate aufgehängt, Kaffee gekocht, Kuchen gebacken, Geld- und Sachspenden gegeben und an unseren Informationsständen das Gespräch mit den Bürgern geführt haben.

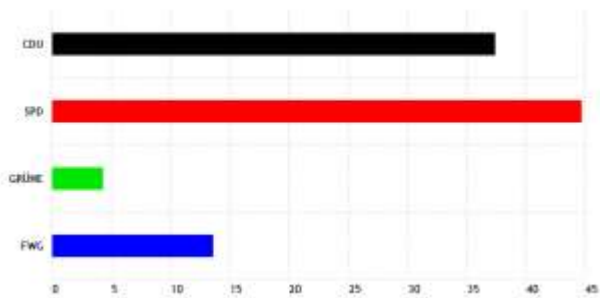
Rot und grün sind im Rheingau-Taunus völlig gescheitert, wobei der Vorsprung der CDU gegenüber der SPD auf über elf Prozentpunkte verdoppelt wurde. Die CDU ist klar stärkste Fraktion und alleine genauso stark wie SPD und B90/Grüne zusammen. Durch die gute Arbeit vor Ort wurde das Bild der politischen Landschaft in den Kommunalparlamenten im Kreis wieder zurechtgerückt. Rot-grün hat die Mehrheit auch in vielen örtlichen Parlamenten verloren. Die Bürgerinnen und Bürger im Kreis wollen bürgerliche Mehrheiten. In Oestrich-Winkel verabschiedet sich rot-grün ebenso wie in Taunusstein und Heidenrod, auch in Geisenheim hat eine solche Konstellation keine Mehrheit.

Natürlich bin ich ebenfalls in meiner Heimatgemeinde Hohenstein angetreten. Hier haben wir einen furiosen Wahlabend erlebt und endlich nach 15 Jahren die absolute Mehrheit der SPD geknackt.

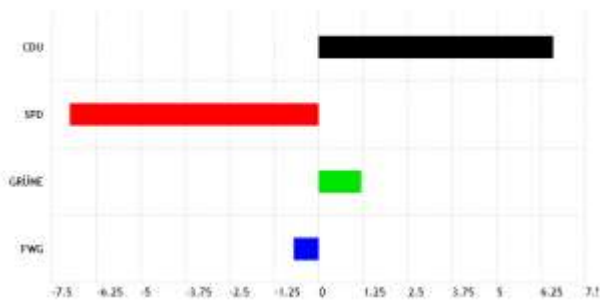
Damit werden in vielen Gemeinden und Städten hoffentlich auch wieder die demokratischen Gepflogenheiten Einzug halten. Im Taumel der Macht hatte sich rot-grün nach der Wahl 2011 vielerorts vom ungeschriebenen Gesetz verabschiedet, den Vorsitz von Gemeindevertretung oder Stadtverordnetenversammlung der stärksten Fraktion zu überlassen.

Was in den Parlamenten der Städte und Gemeinden gilt, gilt natürlich auch für den Kreistag. In der gemeinsamen Sitzung des Kreisvorstandes und der Kandidaten der Kreistagsliste schlug mich der stellvertretende Kreisvorsitzende Peter Beuth für das Amt des Kreistagsvorsitzenden vor. Diese Verantwortung möchte ich für meine Heimat gerne übernehmen.

Stimmenanteile der Wahlvorschläge in %



Veränderung gegenüber 2011 in %-Punkten



Ergebnis Hohenstein

Ich bedanke mich herzlich für die Unterstützung! Es hat sich gezeigt, dass sich Haltung und Rückgrat auszahlen.

Bei den Landtagswahlen am vergangenen Sonntag hat die CDU schwere Niederlagen erlitten. Die CDU zahlt einen hohen Preis für die falsche Asyl- und Zuwanderungspolitik. Hoffentlich beendet unsere Führung das Kapitel „Schönreden des Ergebnisses“ schnell. Sonst werden noch mehr Wähler den Eindruck bekommen, bei uns gebe es keine Lernfähigkeit, sondern starrköpfiges Festhalten am gescheiterten Weg.

Ihr

Klaus-Peter Willsch

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.



<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>